Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr [illegible] Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Freitag, den 7. Januar 1881. Nr. 10

Deutschland.

** **Berlin**, 6. Januar. Es ist bereits mitgetheilt worden, daß der Bundesrath am nächsten Montag wieder eine Plenarsitzung abhalten wird. Auf der Tagesordnung für dieselben stehen an Vorlagen der Entwurf eines Gesetzes über die Küstenfrachtfahrt und der Entwurf einer Verordnung wegen Versetzung mehrerer Ortschaften in höhere Servisklassen. Es folgen dann u. A. die Mittheilung der Geschäftsübersicht des Bundesamts für das Heimathwesen für 1879/80, die Mittheilung, betreffend die Verifikation der Arbeiten am Gotthardtunnel, die Berathung über den Gesetzentwurf, betr. die Aufhebung des Kriegsgerichts zu Straßburg, der Bericht über die Vorlage, betr. den Nachweis der Befähigung als Schiffer in kleiner Südseefahrt, und endlich eine Reihe von Berichten über Eingaben u. s. w.

Die die englische Admiralität gegenwärtig beschäftigende Untersuchung über den Untergang des Kriegsschiffes „Atalante" erregt auch in hiesigen seemännischen Kreisen lebhaftes Interesse. Der englische Admiral Seymonds, ein Sohn des Erbauers des erwähnten Schiffes, und mit ihm eine große Anzahl technischer Beamten sind der Ansicht, daß ein Fahrzeug, welches wiederholt Proben von Seetüchtigkeit abgegeben hat, nicht in Folge eines Konstruktionsfehlers untergegangen sein kann, während eine andere Gruppe, und an ihrer Spitze ein Beamter des Lloyd, Namens John, bei aller Anerkennung der Stabilität des Fahrzeuges dagegen zur Sprache bringt, daß große Neigungswinkel der Stabilität einen wesentlichen Abbruch thun, um so mehr, da die „Atalante" nicht armirt war. Da jedoch fast zu derselben Zeit und in demselben Gewässer gegen dreißig Schiffe vermißt werden, so dürfte der Untergang leicht auf eine stattgehabte Kollision zurückzuführen sein.

Nach den statistischen Mittheilungen des Ev. Oberkirchenraths haben die im Jahre 1879 innerhalb ganzer Provinzen oder einzelner Regierungsbezirke eingesammelten kirchlichen Kollekten einen Gesammtbetrag von 466,560 M. ergeben. Im Vorjahre bezifferte sich der Ertrag zwar auf 621,770 M.; bleibt jedoch die darin enthaltene in jedem zweiten Jahre stattfindende Kollekte für die Nothstände der evangelischen Landeskirche mit 277,750 M. dabei außer Betracht, so bleiben nur 344,020 M., so daß der letztjährige Ertrag um die erhebliche Summe von 122,540 M. höher gewesen ist. An Geschenken und Vermächtnissen sind der Landeskirche 1,152,497 M. und eine jährliche Rente von 300 M. zugewendet worden; im Vorjahre betrugen diese Zuwendungen 1,849,701 M. In der Betheiligung an diesen Geschenken nahmen die Rheinprovinz und die Provinz Brandenburg die ersten Stellen ein. Aus dem Kollektenfond sind in dem Etatsjahr 1879—80 192,129 M. zur Verwendung gelangt. Die gespendeten Hilfeleistungen sind vorzugsweise den mit umfangreichen Diaspora-Gebieten versehenen Provinzen zu Theil geworden.

Berlin, 6. Januar. Die „Prov.-Korr." bringt einen längeren Artikel aus Anlaß des zwanzigsten Jahrestages der Thronbesteigung König Wilhelms. Das ministerielle Blatt feiert in geziemender Weise die Herrschertugenden des großen Königs und kann sich nicht versagen, den Anlaß zu benutzen, alle Gegner der neuesten Pläne des Reichskanzlers als in ihren Bestrebungen identisch mit denjenigen Leuten hinzustellen, gegen deren Bemühungen Preußen groß und Deutschland einig geworden. Das Blatt schreibt nämlich: „Der Rückblick auf die Vergangenheit möge auch die Zuversicht in die Zukunft neu beleben und das Vertrauen zu den Absichten der von des Königs Majestät gewählten Rathgeber, welche in der weiteren Erfüllung der von dem Kaiser dem Volke vor zwanzig und dann wieder vor zehn Jahren gemachten Verheißungen ihre einzige Aufgabe erblicken, in den weitesten Kreisen stärken und befestigen. Die wahren Interessen des Staates und des Volkes — das lehrt doch wahrlich die Vergangenheit und zumal die Geschichte unseres Kaisers zur Genüge — werden nicht immer von denen begriffen, welche sich als Vertheidiger derselben ausgeben und sich doch in einen schroffen Gegensatz zur Regierung setzen. Der bewährteste Rathgeber des Monarchen, welcher ein hauptsächliches und wesentliches Verdienst an den Erfolgen dieser zwanzig Jahre hat, steht auch heute noch seinem Kaiser zur Seite, wie in den Tagen der Vorbereitung. Sein Rath hat Preußen und Deutschland zu Siegen und Ehren, zur Vollendung geführt. Daß seine Wege heute — wie seine Gegner glauben machen wollen — eine entgegengesetzte Richtung einschlagen könnten, ist eine Vorspiegelung, die als solche von allen denen erkannt werden muß, welche heute die zwanzig Jahre an ihrem Geist vorüberziehen lassen. Die Grundsätze, welche heute die Entwicklung Deutschlands in andere Bahnen lenken möchten, unterscheiden sich in ihrem Wesen nicht von denen, welchen die Krone Preußens zum Segen Deutschlands widerstanden hat. Es frommt nicht, diese Thatsache zu verdunkeln und zu verschleiern. Möge diese Erinnerung, zu welcher Preußen und Deutschland in diesen Tagen aufgerufen werden, diese Erkenntniß zur allgemeinen machen, und nicht nur das Gedächtniß, sondern die Herzen erregen, damit die Vergangenheit der zwanzig Jahre auch der Zukunft reiche Früchte bringe!"

— Im Hotel des Fürsten Bismarck ist alles für seine Ankunft hergerichtet; dieselbe wird Donnerstag erwartet. Graf Hatzfeldt ist bereits hier eingetroffen.

Die Eltern des französischen Botschafters Grafen St. Vallier sind gestern Abend von der Frau Kronprinzessin empfangen worden.

Trotz mehrfacher Gegenrede darf es als ganz sicher gelten, daß eine Interpellation bezüglich der russischen Zollerhöhung, und zwar von konservativer Seite, im Abgeordnetenhause dahin gestellt werden wird, welche Schritte die Regierung zu thun gedenke, um den heimischen Handel gegen die dadurch entstehenden und weiter zu besorgenden Maßregeln zu schützen. Freilich gehört diese Frage vor das Forum des Reichstages; allein mit ihrer Erörterung im preußischen Abgeordnetenhause hat es seine eigene Bewandtniß: es ist zweifellos, daß die Reichsregierung eine Handhabe für die Herstellung des Kampfzoll-Paragraphen wünscht, und diese will sie aus einem Antrage Preußens gewinnen, der wiederum auf eine Anregung des preußischen Abgeordnetenhauses gestützt werden soll.

Der Streit über Vorlegung oder Nichtvorlegung des Tabakmonopols verschwindet nicht aus den Blättern. Wir können glauben, mit Bestimmtheit melden zu können, daß diese Angelegenheit vorläufig nicht in den Vordergrund treten und für jetzt vielleicht nicht einmal die Ministerberathungen, keinesfalls aber den Bundesrath und den Reichstag beschäftigen wird. Die Monopolfrage ist, seitdem sie auftauchte, überhaupt noch nicht von der Tagesordnung verschwunden; aber der Zeitpunkt, ihr näher zu treten, ist noch nicht gekommen.

— Der „Germania" und ihren Inspiratoren flößt die jüngste Sensationsnachricht der „Kölnischen Zeitung", daß der Papst den deutschen Domkapiteln im Prinzip erlaubt habe, Bisthumsverwalter zu wählen, und sich nur die schwierigen Fälle, z. B. Fulda, seiner Entscheidung vorbehalten habe, wenig Vertrauen ein. In der That hatten bisher auch die vatikanischen Meldungen des rheinischen Blattes fast durchgängig das Unglück, unbestätigt zu bleiben.

Die „Germania" schreibt deshalb auch mit offenem Hohn:

„Wir wüßten nicht, was den heiligen Vater veranlassen könnte, in dieser Sache den „deutschen Domkapiteln" eine Weisung zu ertheilen, da nur eine Anzahl preußischer Domkapitel in Frage kommt, und was diese anbelangt, so ist ihr Recht, nach dem Tode der Bischöfe Kapitularvikare zu wählen, niemals angezweifelt worden. Die Kapitel an Kathedralen mit einer sedes vacans waren thatsächlich indirekt verhindert, Kapitelsvikare zu wählen, weil, abgesehen von der kirchenpolitischen Lage, denselben ein Eid auferlegt worden wäre, dessen Leistung unstatthaft ist, und die Kapitel der Bisthümer, deren Oberhirten staatlich „abgesetzt" sind, wo also keine sedes vacans vorhanden, sind kirchenrechtlich außer Stande, zur Wahl von Kapitelsvikaren zu schreiten. Für die letztere Kategorie von Bisthümern — es sind dies Köln, Posen, Breslau, Limburg — hat der § 2 des Gesetzes vom 14. Juli v. J. eine Aenderung nicht geschaffen, dagegen könnte wohl für die Bisthümer, die durch den Tod ihre bisherigen Oberhirten verloren haben — es sind dies: Trier, Paderborn, Osnabrück, Fulda — die Frage erörtert werden, ob auf Grund des § 2 des erwähnten Gesetzes die Wahl von Bisthumsverwesern vorgenommen werden solle."

Das klerikale Blatt findet nun, daß in diesen Diözesen unter der Voraussetzung der Dispense von dem Eide die Bestellung eines Bisthumsverwesers möglich wäre. Da diese Entbindung von dem Eide indessen völlig in das Belieben des Ministers gestellt sei, fehle jede Gewähr, daß der erwählte Bisthums-Verweser in Funktion treten könne. Man würde um so weniger den Kapiteln unter solchen Verhältnissen eine Wahl zumuthen können, als die Fortdauer der übrigen Bestimmungen der Maigesetze jedem Bisthumsverweser die Verwaltung der Diözese unmöglich macht. — Wie hieraus ersichtlich, ist auf solcher Grundlage mit der Kurie nichts anzufangen und die „Köln. Zeitung" wird genöthigt sein, ihre frohe Botschaft gleich neben die berühmte fabelhafte Bulle in ihrem Raritätenkabinet zu rangiren, mit welcher Pius IX. schon bei seinen Lebzeiten die Wahl eines Nachfolgers für sich angeordnet haben sollte.

Ausland.

Wien, 5. Januar. Meldung der „Polit. Korrespondenz":

Aus Konstantinopel: Die Bemühungen, die Pforte zu Annahme des Schiedsgerichts zu bewegen, dauern fort und sind nach der in den Kreisen der Botschafter in Konstantinopel herrschenden Anschauung keineswegs aussichtslos. In Betreff Griechenlands will eine Kopenhagener Nachricht wissen, König Georgios sei kein Gegner der Schiedsgerichtsidee. Die englische Presse fährt fort, Griechenland zum Frieden zu ermahnen. Die „Times" richtet eine feierliche Erklärung an die Griechen, sich nicht blindlings und gegen den Willen Europas in einen Krieg mit der Türkei zu stürzen. Das Cityblatt schreibt: „Wenn türkische Panzerschiffe auf der Höhe des Piräus erscheinen, wenn jeder Hafen im Lande blokirt ist und wenn Truppen an den tausenden von Punkten, die ihnen offen stehen werden, gelandet sind, wird der griechische Ruf um Hülfe von Europa laut ertönen, aber er wird vergeblich erhoben werden. Es darf hier kein Irrthum begangen werden, Griechenland kein Raum dafür erlaubt werden, sagen zu können, daß es durch falsche Versprechungen dazu verleitet worden, sich auf einen Kampf einzulassen, der seine Kräfte bei Weitem übersteigt. Wenn es sich in die Hände Europas begeben will, wird Europa ihm helfen. Allein, wenn es die Art von Hülfe, welche Europa ihm anbietet, verweigert, wenn es jeden Kompromiß verwirft und seinen blinden patriotischen Impulsen freien Lauf läßt, wird es die Folgen tragen müssen und zu spät die Thorheit einer Ueberstürzung einsehen, die für es selber höchst verhängnißvoll sein wird."

Paris, 4. Januar. Das viel angekündigte Rundschreiben der hohen Pforte will immer noch nicht aus dem Ei kriechen, trotzdem der Telegraph aus allen Hauptstädten uns dasselbe als völlig ausgebrütet hinstellt. Die hiesige türkische Botschaft fährt fort, sich gegen jede amtliche Kenntniß desselben zu sträuben; auf dem auswärtigen Amte bezweifelt man sogar vorläufig sein Vorhandensein und hält entschieden an einer optimistischen Auffassung der Sachlage fest. Wer hat jemals geglaubt, daß die hohe Pforte ihre Flinte ins Korn werfen und sofort nachgeben werde? Barthelemy Saint-Hilaire gewiß nicht. Im Gegentheil hat er sich von Anfang an die Schwierigkeiten der diplomatischen Durchführung des Schiedsamts nicht verhehlt; vielleicht hat er sogar eine wirkliche Ablehnung vorausgesehen. Man würde dann schon ein Mittel zur Wiederaufnahme desselben in einer anderen Form ausfindig machen. Die Politik, die äußere wie die innere, ist die Kunst der Kompromisse. Die Lösung ihrer Aufgaben erfolgt durch eine Reihe gegenseitiger Ausgleiche; die Ecken werden abgeschliffen, die Höhlungen ausgefüllt und dadurch die Widersacher näher gebracht. Wie die Amnestie auf diesem Wege zu Stande kam, so hofft Barthelemy Saint-Hilaire auch die griechisch-türkische Frage lösen und aus der Welt schaffen zu können.

Was Griechenland im Besonderen betrifft, so liegen keine Nachrichten vor, welche eine unbedingte Verwerfung des Schiedsgerichts als wahrscheinlich hinstellen könnten. Zunächst erregt der hochgeschwollene griechische Chauvinismus hier allgemeines Kopfschütteln, das Telegramm des Bürgermeisters von Athen über den Fund einer Pallasbildsäule von Phidias sogar mitleidiges Lächeln. Man merkt die Absicht und wird verstimmt; Begeisterung und künstliche Theatercoups gehören nicht zusammen. Von besagter Begeisterung nimmt man hier an, daß sie ihren Höhepunkt schon hinter sich habe. Es hat hier sehr befriedigt, daß die 120-Millionen-Anleihe mit einer nur schwachen Mehrheit genehmigt wurde; die kriegerischen Reden von Kumunduros und Trikupis haben das nicht verdecken können. Freilich ist für diese Beiden von einem Zurückweichen vorläufig keine Rede mehr; sie müssen vorwärts, wenn sie nicht ihre Vergangenheit verleugnen wollen. Die Annahme des Schiedsgerichts würde einen Ministerwechsel bedingen, der wahrscheinlich den Delegirten auf dem Berliner Kongresse, Delyannis, ans Ruder brächte. Er würde ein Ministerpräsident ad hoc sein, nach Abwicklung der Grenzfrage den beiden alten Gegnern, Kumunduros und Trikupis das Feld räumen und vielleicht den Fluch sämmtlicher Patrioten ins Privatleben mitnehmen. Es ist ziemlich sicher, daß Graf Mouy den Griechen darüber klaren Wein eingeschenkt hat, daß bei dem Schiedsamte von dem Konferenzsatze keine Rede sein könne; indeß dürfte das Angebot der Türken in dem Rundschreiben vom 3. Oktober überschritten werden. Das Schiedsamt würde also den Mittelweg zwischen dem Maximum und dem Minimum finden. Verwirft aber Griechenland das Schiedsgericht und entspinnen sich daraus orientalische Verwickelungen, so wird ganz Europa beständig auf das kleine Völkchen als den wirklichen Sündenbock hinweisen und es seine Ungunst fühlen lassen. Soweit, was die Griechen betrifft.

In der hiesigen Presse spukte längere Zeit die Mittheilung, daß das Schiedsamt an den harten Bedingungen scheitern müsse, die Deutschland im Voraus daran geknüpft habe. Das ist falsch. Die deutschen Bedingungen — wenn man überhaupt diplomatische Aufklärungen als Bedingungen auffassen will — bezogen sich nur auf die muthmaßliche Gestaltung und die Folgen des Schiedsamtes. So wünschte Deutschland zu wissen, was geschehen würde, wenn nach erfolgtem Spruche eine der beiden Parteien sich widersetzte; ob vorkommendenfalls Zwangsmaßregeln zur Anwendung kämen. Frankreich erklärte die Möglichkeit der Widersetzlichkeit durch die Natur des Schiedsgerichts ausgeschlossen: beide Theile bitten um die Errichtung eines solchen unter Gelobung unbedingter und sofortiger Unterwerfung. Der Widerstand der Pforte gehört daher in ein anderes Kapitel, welches mit dem Schiedsamte nichts zu thun hat. Eins aber läßt sich jetzt schon sagen: sollte die Pforte sich dem Schiedsspruche entgegenstellen, so darf Griechenland sich auf sein europäisches Mandat stützen und in die ihm zuerkannten Gebietstheile einrücken; die Großmächte haben dann kein Recht mehr, ihm ein Halt zuzurufen.

Auf der hiesigen türkischen Botschaft behauptet man, wie gesagt, nur aus den Zeitungen die Kunde von dem Rundschreiben der Pforte erhalten zu haben. Dagegen scheint es mir, als ob man dort die Einwände gegen das Schiedsamt viel bestimmter als vorher gestaltete, als handle es sich darum, sie als Material für ein zukünftiges Rundschreiben zu benutzen. Die französische Regierung sieht dem Ausfalle ihres Vorschlages mit großer Ruhe entgegen, denn er ist im Falle des Mißlingens stets ein ehrenhaftes Zeugniß für Frankreichs Bemühung, den Frieden zu erhalten. Von einer diplomatischen Niederlage kann unter keinen Umständen die Rede sein. (K. Z.)

Rom, 3. Januar. Ueber die Gesundheit des Papstes wird hier und da Ungünstiges, wenn auch nicht gerade Bedrohliches laut. Sein Leibarzt Cecarelli hat erklärt, er leide an Blutandrang nach dem Kopfe und sei der Gefahr eines Schlagflusses ausgesetzt; indessen ist auf die Unsicherheit solcher Prognosen billige Rücksicht zu nehmen. Der Papst beschäftigt sich nach wie vor selbst mit den Regierungsangelegenheiten, und die Art von Kabinetsregierung, welche unter Nina's Staatssekretariat von Mjgr. Laurenzi und anderen Vertrauten des Papstes geführt wurde, scheint auch neben Jacobini fortbestehen zu sollen. Die Stimmungsnachrichten aus dem Vatikan klingen augenblicklich ziemlich friedlich; insbesondere spricht man so, als ob Deutschland gegenüber der Wunsch nach Einigung gewachsen sei. Neue Verhandlungsvorschläge sind aber noch nicht gemacht worden. Dagegen hat, wie ich Ihnen heute telegraphirte, die Kurie einen kleinen Anfang in der Versöhnlichkeit gemacht, indem sie den Domkapiteln erlaubte, Kapitularvikare

zur Verwesung der erledigten Bisthümer zu wählen. Man wird erst abwarten müssen, wie viel praktischer Gebrauch von der Erlaubniß gemacht wird, ehe man bestimmte Hoffnungen darauf gründen kann.

Die „Italie" meldet, Desprez habe sich gleich nach seiner Ankunft in Rom zu Jacobini begeben und ihm in rascher Auseinandersetzung die Gedanken der Republik Frankreich über ihre Beziehungen zum Vatikan mitgetheilt. Dabei seien Beide rasch zu einem fast vollständigen Einverständniß gediehen, der h. Vater aber habe sich mit dem Ergebniß ihrer Uebereinkunft wenig zufrieden gezeigt. Die Notiz ist nicht unwahrscheinlich, da sie ganz zu unseren obigen Bemerkungen und ebenso auch zu den Erfahrungen paßt, welche Jacobini bei den Wiener Verhandlungen gemacht hat. Es fand sich damals und findet sich noch, daß der Papst sich immer den letzten Entschluß vorbehält, ohne sich weder durch Zusagen seiner offiziellen Vertreter noch auch durch die Zugeständnisse, welche er ihnen selbst schon gemacht hatte, für gebunden zu halten.

Zur Wiedereröffnung der Kammern sollen 25 bis 30 neue Senatoren ernannt werden.

Der König und die Königin von Italien reisen heute nach Neapel und von dort gegen 4 Uhr nach Palermo, wo sie morgen früh eintreffen sollen. Gestern war ein Ministerrath, in dem nur über die Art verhandelt wurde, in welcher die Geschäfte während der Abwesenheit des Königs und Cairolis geführt werden sollen. Bei Gelegenheit der Reise ist auch die Königsflagge der Marine durch Dekret vom 31. Dezember verändert worden. Sie ist eine viereckige himmelblaue Flagge mit vier Königskronen in den vier Ecken und einem gekrönten Adler in der Mitte, der das von der Kette des Annunciatenordens umschlungene Wappen des savoyischen Hauses trägt. (K. Z.)

Provinzielles.

Stettin, 7. Januar. Die Strafbarkeit des gewaltsamen Widerstandes gegen einen Vollstreckungsbeamten ist im § 113 des Strafgesetzbuches unter Anderem an das Erforderniß geknüpft, daß der Beamte „in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes" sich befinde. In Bezug auf diese Bestimmung hat das Reichsgericht, 3. Strafsenat, durch Erkenntniß vom 30. Oktober v. Js. den Rechtssatz ausgesprochen, daß, wenn der Thäter in dem (wenn auch verzeihlichen) Irrthum, der Beamte befinde sich nicht in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes, Widerstand geleistet hat, er dennoch dadurch nicht straflos ist. Der Widerstand ist vielmehr nur dann straflos, wenn der Beamte thatsächlich sich nicht in der rechtmäßigen Amtsausübung befindet. Befindet sich dagegen der Beamte in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes, so ist der Thäter zu bestrafen, gleichviel, ob er dies wußte, oder sich in der irrthümlichen Meinung befand, daß der Beamte nicht in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes begriffen gewesen sei.

— Herr Hermann Dekkert hierselbst hat für Neuerungen an Feuerungen für Ziegelöfen, Dampfkessel, Braupfannen ꝛc. und Herr A. J. Susemihl in Stargard für einen Geleismesser ein Patent nachgesucht.

— An dem Bau der Altdamm - Colberger Eisenbahn wird bereits an verschiedenen Stellen rüstig gearbeitet. Bei Gollnow sind die Arbeiten schon seit mehreren Wochen im Gange. Aus Treptow a. R. wird jetzt geschrieben, daß dort die Erdarbeiten auf der Strecke von der Stelle, an welcher die Anlage des Bahnhofes projektirt ist, bis zur Wischower Kirche in Angriff genommen sind. Von den Arbeiten auf der Strecke vom Bahnhofe nach der Colberger Chaussee mußte vorläufig Abstand genommen werden, weil ein Treptower Grundbesitzer den Beginn derselben auf seinem Grundstücke deshalb nicht gestatten wollte, weil noch nicht festgesetzt sei, wie hoch die Entschädigung für den abzutretenden Grund und Boden sich belaufe, und wann und wie diese gezahlt werde.

— Die Homöopathie scheint neuerdings in hohen Kreisen Eingang und Unterstützung zu finden. Die Königin von Würtemberg hat vor dem Weihnachtsfeste dem vom Landesverein „Hahnemannia" in Stuttgart gegründeten Stiftungsfonds für unbemittelte Studirende der Medizin, welche sich der Homöopathie widmen, einen Beitrag von 1000 Mark überreichen lassen. Dem Vorstande der „Hahnemannia" gehören u. A. Dr. Cajetan Graf Bissingen-Nippenburg und Freiherr König von Königshofen an. In dem 1854 neu erbauten Diakonissenhause zu Stuttgart (seit 1866 unter ärztlicher Leitung des Ober-Medizinalraths Dr. med. Sick) werden alle Kranken homöopathisch behandelt. Von dem dirigirenden Arzt ist im vorigen Jahre im Verlage von J. F. Steinkopf in Stuttgart ein größeres Werk „Die Homöopathie am Krankenbette erprobt" erschienen.

— Der Dampfer „Kätie" des Stettiner Lloyds ist nach einer schnellen Reise von 285 Stunden wohlbehalten in Newyork angekommen und wird am 15. Januar die Rückreise nach Stettin antreten.

— In der Nacht vom 5. zum 6. d. Mts. wurde der Heinrichstraße 32 belegene Wirthschaftskeller des Viehhalters Marten erbrochen und daraus 80—100 Pfund Pökelfleisch im Werthe von ca. 50 Mark gestohlen. — In derselben Nacht wurde dem Kaufmann H. Kuhr aus einem unverschlossenen Verschlage, der sich auf dem Hausflur Klosterhof Nr. 18 befindet, eine Kiste mit ca. 100 Pfund Stearinlichten im Werthe von ca. 75 M. entwendet.

— Es scheint sich hierselbst wieder eine Frauensperson herumzutreiben, welche es darauf absieht, kleinen Mädchen die Ohrringe aus den Ohren zu reißen und zu stehlen. Wir hatten erst vor einigen Tagen Gelegenheit, einen derartigen Fall mitzutheilen, dem wir heute einen zweiten folgen lassen können. Die 4 Jahre alte Tochter des Dachdeckermeisters Rienow wurde vorgestern am Paradeplatz unter dem Versprechen, sie werde Bonbons zum Geschenk erhalten, von einer unbekannten Frauensperson nach dem Wall gelockt und ihr dort von Letzterer die goldenen Ohrringe im Werthe von 12 Mark aus den Ohren gezogen. Darauf ergriff die Frau die Flucht und gelang es bisher nicht, sie zu ermitteln.

— Zu den vielen in letzter Zeit verübten Bodendiebstählen ist vorgestern ein neuer hinzugekommen, den eine Frauensperson auf dem Boden des Hauses Reifschlägerstraße 22 verübt hat. Die Frau des in diesem Hause wohnenden Uhrmachers Berndt hörte gestern früh gegen 9 Uhr auf dem Hausboden ein verdächtiges Geräusch, sie begab sich dorthin und bemerkte eine unbekannte Frauensperson, welche aus einer Kammer trat, in welcher das Dienstmädchen des B. ihre Sachen aufbewahrt. Frau B. hielt dieselbe, welche angab, eine Frau Pietsch zu suchen, sofort fest und entriß ihr einen Handkorb. Der Frauensperson gelang es jedoch, sich loszureißen und zu entfliehen. Eine später vorgenommene nähere Besichtigung ergab, daß das Vorlegeschloß zur Kammer erbrochen war, und in dem Korbe befanden sich Garderobenstücke im Werthe von ca. 45 M., die dem Dienstmädchen des B. aus der Kammer entwendet waren. Die sofort eingeleiteten Recherchen nach der Diebin sind bisher ohne Erfolg gewesen.

Grimmen, 5. Januar. Auf der gestrigen Getreidebörse wurden gehandelt: 140 Tonnen Roggen, 105 Tonnen Weizen, 5 Tonnen Gerste und 11 Tonnen Hafer. Bezahlt wurde je nach Qualität: für Roggen 188—197 Mark, für Weizen 191—194 Mark, für Gerste 140 Mark und für Hafer 136—146 Mark. Alles pro 2000 Pfund ab Bahnhof Grimmen.

Die Börse war von Käufern aus Berlin, Treptow a. Toll, Görlitz und Grimmen besucht, auch Verkäufer hatten sich ziemlich zahlreich eingefunden.

In der nach Schluß der Börse stattgefundenen General-Versammlung wurde der Kaufmann Burmeister hierselbst an Stelle des aus dem Vorstande geschiedenen Kaufmanns Cohnheim zu Demmin zum Börsenvorstandsmitgliede gewählt.

Die nächste Kornbörse findet am Montag, den 17. d. Mts., Vormittags von 9½ bis 11 Uhr, statt.

† **Arnswalde**, 5. Januar. Der Sekretär Luck aus Cottbus ist mit dem 1. Januar d. Js. als etatsmäßiger Sekretär und Kalkulatur-Assistent bei der General-Direktion der Land-Feuer-Sozietät der Neumark angestellt und bereits vereidigt worden. — Obgleich die hiesige Rektorstelle anderweit zur Wiederbesetzung ausgeschrieben, und sich 5 Personen darum beworben haben, so hat doch keiner von diesen zur Wahl zugelassen werden können, da sämmtliche Kandidaten das Prediger-Examen noch nicht absolvirt haben, mit dem Rektorate aber die erste Hülfspredigerstelle am Hospitale St. Spiritus verbunden ist. Es ist nunmehr durch private Empfehlungen der Predigtamts-Kandidat Märzel aus Lebus mit der Verwaltung des Rektorats seit dem 1. Januar cr. provisorisch betraut worden, und werden die Predigten im Hospitale durch die drei übrigen Pastoren abwechselnd gehalten. Herr Märzel, der das Prediger-Examen zwar auch noch nicht absolvirt, hat sich bereit erklärt, dasselbe binnen Kurzem abzulegen. — An Stelle des nach Berlin versetzten Lehrers Liese ist der Lehrer Schmidt berufen worden. — Die Kartoffel-Diebstähle mehren sich von Tag zu Tag. Am 30. v. Mts. haben 8 Arbeiter die Kartoffelmieten des Gutsbesitzers Nitsche zu Altklüken erbrochen und daraus ca. 10 Scheffel Kartoffeln entwendet. Die Diebe, von denen 5 in Arnswalde und 3 in Altklüken wohnhaft sind, sind auf frischer That ertappt worden. Sie ergriffen beim Herannahen eines Inspektors eiligst, unter Zurücklassung der gestohlenen Kartoffeln nebst Säcken die Flucht, wurden jedoch verfolgt, erkannt und dem Gerichte zur Bestrafung angezeigt. — Der Wasserstand der hiesigen Seen ist ein sehr hoher, die umliegenden Wiesen sind fußhoch überschwemmt und die Kellereien der anwohnenden Besitzer schon seit langer Zeit unter Wasser gesetzt, und ist das sogenannte Mühlenfließ, welcher quer durch die Stadt geht, wiederholt übergetreten, so daß der Müller Sch. sich veranlaßt gesehen hat, die Freiarche zu öffnen, um Abfluß zu schaffen. In Reetz hat das Wasser das ganze Mühlenwerk der Neumühle zerstört und vielen Schaden verursacht. — Im Kreishause hierselbst tagte heute unter dem Vorsitze des beurlaubten Abgeordneten Herrn Landrath von Meyer der Kreistag bis 2 Uhr Nachmittags. — Bezüglich der Wiederbesetzung der hiesigen Bürgermeisterstelle ist Näheres noch nicht bekannt. Die Stadtverordneten haben gegen die Verfügung der königlichen Regierung zu Frankfurt a. O., nach welcher dem Stadt-Kassen-Rendanten Mannstein die Bestätigung versagt war, beim Ober-Präsidium der Provinz Brandenburg Beschwerde erhoben und steht die Entscheidung noch zu erwarten. — Der landräthliche Sekretär Franz Hempel aus Arnswalde ist zum Bürgermeister der Stadt Landeck gewählt worden.

Kunst und Literatur.

Frankfurt a. M., 1. Januar. Das Freie Deutsche Hochstift empfing, wie wir bereits meldeten, zu Weihnachten eine großartige Schenkung, bestehend einerseits in der Zession einer Forderung von etwa 130,000 M., von welcher der größte Theil durch bevorzugte Sicherheit gedeckt erscheint, andererseits in einer Stiftung von einer halben Million (500,000 M.), obendrein unter Hinzufügung des ganzen Betrages der an den Staat zu zahlenden Erbschaftssteuer, welche allein für die letztere Stiftung sich auf 40,000 M. (8 pCt) beziffert. „Dieses glänzende Doppelgeschenk" — schreibt man der Augsb. „Allg. Ztg." — „ist das Vermächtniß eines Stiftsgenossen, des Herrn Kanzleiraths a. D. Dr. jur. Adolf Müller in Frankfurt selbst, welcher schon längst einer der „Pfleger" des Freien Deutschen Hochstifts war. Derselbe hatte sich kurze Zeit dem Dienste seiner Vaterstadt gewidmet, lebte aber seit mehreren Jahrzehnten in großer Zurückgezogenheit einzig dem Genusse der geistigen Früchte der Menschheit und stiller, aber ungemessener Wohlthätigkeit. Innigst befreundet mit dem Begründer des Freien Deutschen Hochstifts, war er ein stets freigebiger Unterstützer dieser Schöpfung. Gänzlich selbstlos, wie er war, hat er nicht einmal seinen eigenen Namen an das Vermächtniß geknüpft, sondern den des Bankhauses Emanuel Müller, dessen Gründer sein Großvater gewesen, dem er nach seiner letztwilligen Verfügung dadurch ein dauerndes Ehrendenkmal habe setzen wollen, daß er diese Firma in bleibende Verbindung brachte mit einer Stiftung, welche die Pflege der edelsten Güter des Volkes zu ihrer Aufgabe gemacht habe und deren Wirksamkeit der Vaterstadt Ruhm und Ehre verleihe. Die Stiftung ist daher auch mit gar keinen beschränkenden Bestimmungen verbunden, sondern soll nur sicher angelegt und in den Büchern des Freien Deutschen Hochstifts als „Emanuel Müller'sches Vermächtniß" fortgeführt, der Ertrag aber einzig zu den Zwecken des Hochstifts verwendet werden.

— Durch die Geistesgegenwart eines Arztes wurde kürzlich ein beabsichtigtes Gaunerstück vereitelt. Vor einigen Tagen fuhr ein Arzt von Neftenbach nach Winterthur. Auf dem Wege bat ihn ein mit einem Schleier bedecktes Frauenzimmer um die Erlaubniß, in der Chaise Platz nehmen zu dürfen. Der Arzt bewilligte es, bemerkte aber bald, daß die vermeintliche Dame sehr grobe Hände besaß. Er entleerte nun heimlich sein Portemonnaie in der Tasche und schleuderte es wie zufällig mit dem Taschentuch aus dem Fuhrwerk. Darauf ersuchte er das Frauenzimmer, das Portemonnaie aufzuheben. Der Gauner vermuthete, einen guten Fang zu machen und stieg ab, worauf der Insasse sofort sein Pferd zum Galopp antrieb. In dem zurückgelassenen Körbchen der Dame fand er zwei geladene Revolver.

Vermischtes.

— (Vor und nach der Hochzeit.) Plaudere mit mir, o Geliebte, nur Dir will ich lauschen, Deine Stimme zu hören, ist Seligkeit für mich. — Es ist aber merkwürdig, daß Du überall mit reden mußt, und entsetzlich, daß ihr Frauenzimmer keinen Augenblick schweigen könnt.

Ohne Dich kann ich nicht leben, Du oder die Pistole. — Wie glücklich die Junggesellen sind!

Für einen Kuß legte ich Dir die Welt zu Füßen. Fordere mein Leben dafür und ich opfere es freudig. Ach, und wenn Du erst mein ehelich Weib bist! Kein herbes Wort soll über meine Lippen kommen.

Herrgott gegen diese Ausgaben kann kein ehrlicher Mann arbeiten! Schon wieder ein neues Kleid! Himmelkreuzbomben-Donnerwetter.

Welche Lust mit Dir mich im Tanze zu wiegen und in Deine lieblichen Augen zu schauen. — Du weißt, ich tanze nicht gern, ich komme gleich in Schweiß. Im Nebensaal mache ich eine Partie Schach, da magst Du mit zusehen.

Mit Dir, mein Engel, könnte ich darben, mit Dir auf einer wüsten Insel glücklich sein! — Nun kann ich wieder meine Pantoffeln nicht finden und mein Schlafrock scheint wieder vom Satan verschleppt. Du weißt, ich liebe die Bequemlichkeit.

Die Erde will ich Dir zum Paradiese gestalten, Blumen auf Deinen Weg streuen, auf den Händen Dich tragen. — Schon wieder ins Theater? Nein, daraus wird nichts. Du bist erst vor vier Wochen dort gewesen und glaubst am Ende, ich wäre ein Rothschild.

Von Deinen süßen Lippen sauge ich Nektar und Ambrosia. — Ich gehe ins „Tivoli" und trinke ein Glas Bier. Geh' Du nur in's Bett.

Und male Dir die Seligkeit aus, wenn kleine Engelchen uns umspielen, aus deren Augen Dein geliebtes Bild wiederstrahlt. — Nein, dies entsetzliche Kindergequicke ist heute wieder nicht auszuhalten!

Nein, nein, kein Geheimniß will ich vor Dir haben. Mein Herz soll offen vor Dir sein und meine Lippen werden nur mein Inneres verkündend sich öffnen, das schwöre ich Dir. O, wie berauschend ist es, wenn Du Deine Rosenlippen öffnest und mich durch Fragen beglückst. — Um Gotteswillen mit Deinem ew'gen Gefrage, damit kann ja der gutmüthigste Ehemann zur Verzweiflung gebracht werden. Was gehen denn Dich überhaupt meine Angelegenheiten an? Kümmere Dich um Deine Küche, da hast Du genug zu thun und wirst nicht so oft angebrannte Suppe auf den Tisch stellen.

Telegraphische Depeschen.

Mainz, 6. Januar. Die in Darmstadt, Frankfurt a. M. und Mannheim verhafteten Sozialdemokraten sind sämmtlich an das Reichsgericht nach Leipzig abgeliefert worden, welches in Hoch- und Landesverrathssachen der einzige zuständige Gerichtshof ist.

Wien, 6. Januar. Der ungarische Finanzminister Szapary ist heute hier angekommen.

Bukarest, 6. Januar. Der russische Gesandte Fürst Urussoff und der griechische Gesandte Razio sind gestern hier eingetroffen.

Pest, 6. Januar. Die Unionbank wird einen Theil der ungarischen Papierrente schon morgen übernehmen, die Kotirung derselben erfolgt zunächst hier und in Wien, im Auslande erst später.

Triest, 6. Januar. Der Lloyddampfer „Aurora" ist heute Mittag aus Konstantinopel hier eingetroffen.

Paris, 6 Januar. Die „Agence Havas" meldet:

Der Minister des Auswärtigen, Barthelemy St. Hilaire, hat gestern Namens der Regierung eine Depesche an die griechische Regierung abgehen lassen, worin derselben empfohlen wird, den Schiedsgerichtsvorschlag, zu welchem Frankreich die Initiative ergriffen habe, anzunehmen. Die Vertreter der Mächte in Athen hätten einen Kollektivschritt in demselben Sinne gethan, die französische Regierung halte es aber, mit Rücksicht auf ihre besondere Lage und ihre Sympathie für Griechenland, sowie weil sie die Initiative zur Vertheidigung der griechischen Interessen ergriffen habe, für nützlich, nochmals und isolirt für den Vorschlag einzutreten.

Paris, 6. Januar. Die lächerliche Affaire in der französischen Deputirtenkammer, durch welche der alte Girardin von dem Verdachte gereinigt wurde, das „Haupt der preußischen Spione" zu sein, hat ein tragikomisches Nachspiel hervorgerufen. Der Abgeordnete Laisant hatte bekanntlich diesen „neuesten Skandal" durch Ueberreichung eines Briefes der Frau von Graux, den die Enquetekommission in der Affaire Cissey benutzt, hervorgerufen. In diesem famosen Schriftstück war unter Anderem behauptet worden, der englische radikale Deputirte Bradlaugh habe zu der „preußischen Spionin" Frau v. Brimont in intimen Beziehungen gestanden. Es entwickelte sich in Folge dessen eine lebhafte Korrespondenz zwischen Laisant und Bradlaugh, welche dadurch ihren Abschluß fand, daß ersterer letzteren forderte.

Verviers, 6. Januar. Die englische Post vom 5. Januar Abends, planmäßig in Verviers um 8 Uhr 49 Minuten, ist ausgeblieben. Grund: Starker Nordwind im Kanal.

London, 6 Januar. Die Eröffnung des Parlaments fand Nachmittags 2 Uhr statt, die Thronrede wurde durch den Lord Kanzler Lord Selborne verlesen. Vom Oberhause waren nur wenige Mitglieder anwesend, dagegen wohnten viele Deputirte der Eröffnung bei. Unter den anwesenden Deputirten befanden sich auch Parnell und Genossen. Die Sitzung beider Häuser wurde bis 4 resp. 5 Uhr Nachmittags vertagt.

London, 6 Januar. Die Thronrede kündigt außer der Weiterentwickelung des Agrargesetzes für Irland vom Jahre 1870 ferner eine Vorlage an, welche für die irischen Grafschaften eine lokale Autonomie nach ähnlichem Systeme, wie diese Autonomie für England besteht, herstellen soll. Ferner werden ein Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Körperstrafen in der Armee und Marine und noch einige andere Vorlagen von lokalem Interesse angekündigt. Zur schleunigen Wiederherstellung der englischen Autorität im Transvaallande seien Maßregeln ergriffen, der Aufstand in diesem Lande müsse nothwendiger Weise eine Vertagung der Absicht der Regierung, den europäischen Kolonisten vollständige lokale Autonomie ohne Benachtheiligung der Interessen der Eingeborenen zu gewähren, zur Folge haben. Die Besetzung Kandahars durch englische Truppen werde nicht aufrechterhalten werden.

London, 6. Januar. Die Thronrede, mit welcher das Parlament heute eröffnet wurde, bezeichnet die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten als freundschaftliche. Ueber die Feststellung der griechisch-türkischen Grenze fänden fortgesetzt Mittheilungen zwischen den Mächten statt; mehrere wichtige Theile des Berliner Vertrages, die so lange Zeit schon unausgeführt seien, nähmen fortgesetzt die ernste Aufmerksamkeit der Regierung in Anspruch. Die Thronrede weist ferner auf das System des Terrorismus hin, welches in Irland bestehe, die Wirksamkeit der Gesetze verhindere und private Rechte, sowie die Ausübung der Bürgerpflichten beeinträchtige. Die Regierung werde außerordentliche Machtvollkommenheiten verlangen, um die Ordnung wiederherzustellen und das Leben und das Eigenthum, sowie die persönliche Freiheit der Bürger zu beschützen. Obgleich die Regierung diese Maßregeln als ihre erste Pflicht ansehe, hege dieselbe dennoch den unausgesetzten Wunsch, die Beschwerden der Irländer verschwinden zu machen. Die Regierung werde fortfahren in der Verbesserung der Gesetzgebung für Irland und zu dem Ende die Weiterentwickelung der Prinzipien des Gesetzes vom Jahre 1870 vorschlagen.

London, 6. Januar. Unterhaus. Der Generalsekretär für Irland, Forster, kündigt an, daß er morgen eine Bill zum besseren Schutze der Personen und des Eigenthums in Irland, sowie ferner wegen des Besitzes und der Führung von Waffen und endlich wegen Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe beantragen werde. Von Parnell wird die Opposition dagegen angemeldet. Der Premier Gladstone macht die Mittheilung, daß er am Montag die Priorität der von Forster angekündigten Bills für jeden Tag und auf so lange beantragen werde, bis dieselben ihre Erledigung gefunden hätten. Zu der an die Königin zu richtenden Adresse wird von Parnell ein Amendement angemeldet, welches sich gegen die Aufhebung der Konstitution in Irland ausspricht. Mc. Carthy kündigt ein Amendement zur Adresse an, wonach während der Berathung des Parlaments über die Bodenreform in Irland gewaltsame Exmittirungen suspendirt werden sollen. Die Adresse wird von Rendel beantragt und von Slagg unterstützt.

Im Oberhause wurde ebenfalls die Adreßdebatte begonnen.